

Die Wahlprogramme der Parteien – eine vergleichende Gegenüberstellung nach Schwerpunkten

Zusammengestellt vom Liberalen Institut
der Friedrich-Naumann-Stiftung

Vorwort

In jedem Wahljahr verfassen die Parteien Programme, die selbst die politisch Interessierten oft schon durch ihren Umfang überfordern. Zur Meinungsbildung kann es deshalb hilfreich sein, die Positionen zu bestimmten Problemkreisen zusammenzufassen und gegenüberzustellen. Die Mitarbeiter des Liberalen Institutes der Friedrich-Naumann-Stiftung haben sich dieser Aufgabe angenommen und sich durch insgesamt 357 Seiten programmatischer Texte gearbeitet. Das Ergebnis liegt Ihnen jetzt vor. Dabei mussten natürlich Schwerpunkte gesetzt werden; nicht jedes Einzelthema konnte aufgegriffen werden. Doch wir denken, dass wir zu den Themen, die im Wahlkampf im Vordergrund stehen werden, die Positionen aller Parteien vergleichbar gemacht haben. Wir hoffen, dass der vorliegende Vergleich Ihr Interesse findet.

Rolf Berndt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Friedrich-Naumann-Stiftung

Inhalt	Seiten
Marktwirtschaft/Mittelstand	1 - 4
Ordnungspolitische Grundsätze	
Staatsaufgaben	
Föderalismus	
Mittelstand	
Landwirte	
Wettbewerb	
Mobilität	
Umwelt	
Ostdeutschland	5
Weniger Steuern: mehr Arbeitsplätze	6 - 7
Einkommensteuer-Reform	
Gemeinde-Steuer	
Ökosteuer	
Vermögensteuer	
Erbschaftsteuer	
Flexibler Arbeitsmarkt: mehr Arbeitsplätze	8 - 10
Flächentarif, Arbeitsrecht	
Kündigungsschutz	
Arbeitszeitflexibilität	
Selbständigkeit	
Geringqualifizierte	
Arbeitsämter, Bundesanstalt, ABM	
Sozialstaat reformieren	11 - 12
Gesundheit	
Rentenversicherung	
Pflegeversicherung	
Bildungspolitik	13 - 15
Schulen	
Hochschulen	
Berufliche Bildung	
Forschungspolitik	
Innenpolitik	16 - 17
Innere Sicherheit	
Öffentlicher Dienst	
Zuwanderung	
Deutschland in der Welt	18 - 19
Europa	
Globalisierung	
Sicherheit	
Familienpolitik	20 - 21
Steuern	
Sozialleistungen	
Familie und Beruf	
Lebenspartnerschaften	

Redaktionelle Anmerkung: Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf die im Internet verfügbaren pdf-Versionen der Wahlprogramme

Marktwirtschaft/Mittelstand

CDU/CSU

SPD

FDP

Bündnis 90/Die Grünen

PDS

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Ordnungspolitische Grundsätze	<p>„ Deutschland braucht jetzt eine Regierung, die Werte verkörpert und zu Prinzipien ihrer Politik macht: dazu zählt die Orientierung am christlichen Menschenbild und dazu zählt auch die Liebe zu unserem Land.“ Unser Einsatz für Deutschland gründet auf einem aufgeklärten Patriotismus (S. 3f.). „Die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Leitidee weist auch im 21. Jahrhundert den humansten, effizientesten und besten Weg. Die Union hat die vergangenen Jahre genutzt, diese Leitidee zu erneuern und zu revitalisieren. ... Die erneuerte Soziale Marktwirtschaft ermutigt zur Freiheit und setzt Anreiz für Eigenverantwortung“ (S. 6).</p>	<p>„Deutschland braucht die Politik der Erneuerung und des Zusammenhalts. Das ist unsere Politik der Mitte“ (S. 4). „Das europäische Sozialstaatsmodell muss erhalten und weiterentwickelt werden. ... Es... gibt keines sonst, das vergleichbar in akzeptabler Weise Leistungswilligkeit und Eigenverantwortung einerseits und gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität andererseits miteinander verbindet. Die, die in Not geraten, können sich auf die Gemeinschaft verlassen“ (S. 15).</p>	<p>„Die neue Zeit ist mit keiner anderen Idee so gestaltbar wie mit der Idee der Freiheit: Der Freiheit zur Verantwortung. Die FDP ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ (S. 2). „Deutschland braucht keine „neue“ Soziale Marktwirtschaft. Deutschland braucht eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ (S. 4). „Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine aktive soziale Verantwortung des Staates, die greift, wenn der Einzelne nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft für die Absicherung der großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter Vorsorge zu treffen. Ein so ausgestaltetes Sozialsystem, das seinem Charakter nach subsidiär ist, ist nicht Fremdkörper, sondern produktiver Faktor in der Sozialen Marktwirtschaft“ (S. 11).</p>	<p>„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei der ökologischen Modernisierung, der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung und der gesellschaftlichen Demokratisierung.“ (S. 7). „Wer die Zukunft unserer Kinder sichern will, braucht die Ökologisierung unserer Marktwirtschaft“ (S. 18). „Der neoliberalen Diskriminierung sozial Schwacher durch die FDP halten wir eine sozial gerechte Politik entgegen“ (S. 8). „Grün kämpft dafür, dass sich Gerechtigkeit statt neoliberaler Ellbogenpolitik durchsetzt.“ (S. 9). „Unsere Vorstellung von Gerechtigkeit geht weiter als die der anderen Parteien. Wir stehen auch für Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Internationale Gerechtigkeit“ (S. 29f.).</p>	<p>„Deutschland braucht diese PDS, die gegen die Vorherrschaft des Großkapitals in Staat und Gesellschaft ankämpft. ...Ihr gesellschaftliches Ziel ist demokratischer Sozialismus – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird“ (S. 2). „Die PDS verteidigt das Grundgesetz. Wir streiten auf seiner Grundlage für den Vorrang sozialer Verantwortung, den Schutz der Bürgerrechte, gegen die Überlassung der Wirtschaftspolitik an das Spiel der freien Kräfte“ (S. 17).</p>
Staatsaufgaben	<p>„Freiheit und Eigentum, Eigenverantwortung und Privatinitiative sollen wieder die dominierenden Triebfedern der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Wir werden deshalb die Staatsquote... von derzeit knapp 50% schrittweise und dauerhaft auf unter 40% senken“ (S. 6f.).</p>	<p>„In dieser Welt des Wandels müssen auch die Staatsaufgaben überprüft werden....Wir achten das Prinzip der Subsidiarität“... Was an Aufgaben vor Ort, von gesellschaftlichen Gruppen und vom Einzelnen in Eigenverantwortung erfüllt werden kann, das sollte der Staat nicht reglementieren“(S.8f.).</p>	<p>Für Liberale ist der Staat besonders leistungsfähig, „der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Der schlanke Staat ist der starke Staat. Deshalb will die FDP Subventionen abbauen, öffentliche Aufgaben zurückführen und staatliche Beteiligungen privatisieren.“ Staatsquote mittelfristig auf 1/3 des BIP (S.17).</p>	<p>Kein prinzipielles Thema. Allgemein: „Eine moderne, aktive Bürgergesellschaft muss die Bürgerinnen und Bürger überall in politische Entscheidungen einbeziehen. ... Wir wollen transparente und kooperierende staatliche Strukturen und die Verwaltung weiter modernisieren“ (S. 64).</p>	<p>Das Grundgesetz: „Es beschreibt einen Staat, der seine ... Einwohner als Subjekte begreift, der die Sozial- und Wirtschaftssphäre gestaltet, der demokratisch kontrolliert werden will“ (S. 17).</p>

Marktwirtschaft/Mittelstand

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Föderalismus	<p>„Zur Erhaltung der Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Länder ist eine Kompetenzordnung mit ausgeprägter Ländergesetzgebungskompetenz erforderlich.“ „Auflösen“ von „Mischfinanzierungen“ (S. 30). „Die Länder müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Wirtschaftsförderung stärker auf die eigenen regionalen Stärken... zu konzentrieren“ (S. 27).</p>	<p>„Der deutsche Föderalismus hat sich bewährt – auch im Zuge einer fortschreitenden europäischen Integration. Aber Bürgernähe, Demokratie und eine moderne Verwaltung brauchen klare Regelung der Verantwortung. ... Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen werden wir Zug um Zug entflechten, damit die Verantwortlichkeiten für Entscheidungen transparenter werden und die Eigenverantwortung dominiert“ (S. 65).</p>	<p>„Die FDP fordert wettbewerblichen Föderalismus mit transparenter Entscheidungsfindung und klarer Kompetenzverteilung. Im Sinne des Subsidiaritätsgedankens sollen Kompetenzen, die nicht zwingend ... auf nationaler Ebene geregelt werden müssen, vom Bund auf die Länder zurückverlagert werden.“ Gemeinschaftsaufgaben (Art 91 a, b) und Bundesfinanzhilfen (Art.104a Abs. 4 GG) streichen. Eigene Steuertarife für Bund und Länder, bei Einkommensteuer auch für Gemeinden (S. 66f.).</p>	<p>Das Stichwort „Föderalismus“ fehlt im Stichwortregister. Allgemein: „Um Spielräume für Reformprojekte ... zu öffnen, brauchen wir einen Neuordnung der föderalen Finanzverteilung. Wir wollen die Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt überprüfen.“ (S. 44). Speziell: Wir wollen die Finanzkraft der Kommunen stärken. ... Wir lehnen Entlastungen des Bundes und der Länder auf Kosten der Gemeinden entschieden ab“ (S. 43).</p>	<p>Nur generell: Mehr soziale Gerechtigkeit erreichen „durch eine Politik, die im Verhältnis des Bundes zu den Ländern und der Länder zu den Kommunen den solidarischen Föderalismus stärkt“ (S. 7).</p>
Mittelstand	<p>„Wir verstehen Mittelstandspolitik nicht als Schutz des Mittelstands vor Wettbewerb – wohl aber als tatkräftige Förderung seiner Leistungsfähigkeit für den Wettbewerb.“: Beim Steuerrecht Kernargument gegen rot-grüne Reform wie FDP 1998: „Es muss Schluss sein mit dem Irrglauben, die Unternehmen seien gut, die Unternehmer aber schlecht.“ (S. 14). Zugang zum Kapitalmarkt verbessern, verbesserte Zahlungsmoral des Staates, besseres „gesellschaftliches Klima“ für Existenzgründer und Selbständige, Generationenwechsel erleichtern, „Meister-BaföG der Schröder-Regierung korrigieren“ (S. 14f.).</p>	<p>„Mittelstand und Handwerk sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie sind der Motor für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Wir unterstützen sie.“: Zugang zum Kapitalmarkt verbessern, verbesserte Zahlungsmoral des Staates, Rahmenbedingungen für Existenzgründer und Selbständige verbessern: „Dazu müssen Regulierungsvorschriften reduziert und unnötige Bürokratie abgebaut werden.“ Bei IHK-Beiträgen „angemessene Bagatellgrenze ... um kleine Unternehmen zu entlasten.“ Generationenwechsel und „KMU-Börse für Innovationen“ fördern. (S. 19ff.).</p>	<p>Der Mittelstand braucht ordnungspolitische Rahmenbedingungen, um „seine Potenziale im Interesse einer freiheitlichen Gesellschaft und einer funktionsfähigen Marktwirtschaft voll zu entfalten.“ (s. Arbeitsmarkt, Steuerreform, Sozialstaat): Echte Aufgabenprivatisierung beseitigt Diskriminierung, stärkt Mittelstand; Zugang zum Kapitalmarkt verbessern, Öffnungsklausel für „rechtsverbindlich alternative Mitbestimmungsmodelle“, Bürokratiekosten-TÜV, „schnellere und flexiblere Anpassung der Ausbildungsverordnungen, verbesserte Zahlungsmoral des Staates, Existenzgründer und Selbständige sichern. (S. 18 ff.). Tarif-treuerregelung abgelehnt (S. 9).</p>	<p>„Kleine und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe verbinden Kreativität und Vernunft, Eigeninitiative und Verantwortung. ... Wir wollen bürokratische Hemmnisse für den Mittelstand abbauen, für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen und die Kultur der Selbständigkeit stärken. Im Handwerk darf nicht länger die Meisterprüfung zwingende Voraussetzung für Selbständigkeit und Existenzgründung sein.“ Rot-grüne Steuerreform zugunsten von kmU korrigieren. „Für eine verfassungskonforme Vermögenssteuer müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.“ Reform der Erbschaftsteuer (S.37f.).</p>	<p>„Öffentliche Wirtschafts- und Strukturförderung soll... die Position kleiner und mittlerer Unternehmen stärken. ...Existenzgründer brauchen gezielte Absatz- und Managementhilfen über mehrere Jahre.“ (S. 3). „parlamentarische Initiativen ergreifen, um Scheinselbständigkeit abzubauen“ (S.5; s. auch Arbeitsmarkt, Steuerreform, Sozialstaat).</p>

Marktwirtschaft/Mittelstand

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Landwirte	<p>„Die Eckpunkte unserer Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume heißen: Schutz des Eigentums, Wettbewerbsfähigkeit, unternehmerische Freiheit, Nachhaltigkeit.“ „steuerpolitische Benachteiligung von Landwirtschaft und Mittelstand beenden“; „Weiterentwicklung des agrar-sozialen Sicherungssystems, insbesondere eine Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.“ (S. 52). „Eine erneute Reform der EU-Agrarpolitik innerhalb der Laufzeit der Agenda 2000 lehnen wir ab“ (S. 53).</p>	<p>„Wir wollen eine Neuausrichtung auf eine verbraucherorientierte, tierschutzgerechte, umweltgerechte und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. ... Die europäische Landwirtschaftspolitik muss nach 3 Jahrzehnten schwerpunktmäßiger Produktionsorientierung an die veränderten Bedingungen und die veränderten Verbraucherbedürfnisse angepasst werden... Leistungen für die Allgemeinheit wie der Erhalt von Natur, der Kulturlandschaften für den Gewässer-, Boden- und Klimaschutz müssen angemessen bezahlt werden“ (S. 37).</p>	<p>„Die FDP rückt den unternehmerischen Landwirt in den Mittelpunkt. Die unerträgliche Agrar-Bürokratie muss radikal zurückgeschnitten werden. Quoten und Marktregulierungen müssen durch marktwirtschaftliche Elemente ersetzt werden.“ ..produktionsunabhängige Kulturlandschaftsprämie... Im Gegenzug entfallen schrittweise die bisherigen Quoten und Marktordnungen ... Die einseitige und überproportionale Förderung des ökologische Landbaus ...ist kontraproduktiv.“ (S. 24). Steuererhöhungen zurücknehmen; kapitalgedeckte landwirtschaftliche Unfallversicherung (S. 25f.).</p>	<p>„Wir haben die Trendwende in der Landwirtschaftspolitik eingeleitet. ...Der ökologische Landbau hat hierbei eine Vorreiterrolle... Wir wollen 20 Prozent Ökolandbau in zehn Jahren....Wir wollen auch die Perspektiven der konventionellen Landwirtschaft verbessern, sie immer stärker an den Zielen des naturnahen Landbaus sowie der artgerechten Tierhaltung ausrichten und sie im Wettbewerb stärken“ (S. 26).</p>	<p>„Einer Renationalisierung der Agrar- und Strukturpolitik wird die PDS gerade vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung nicht zustimmen.“ (S. 4). „Eine lebensfähige Land- und Forstwirtschaft ist ein wichtiges Element in unserer Vorstellung von einem sozialökologischen Umbaukonzept“ (S. 6).</p>
Wettbewerb	<p>„Privatisierung und Marktöffnung werden der unternehmerischen Initiative mehr Raum verschaffen. Dies gilt insbesondere für den Post- und Telekommunikations-, den Verkehrs- und den Ver- und Entsorgungsbereich.“ (S. 7). „Wir verstehen Mittelstandspolitik nicht als Schutz des Mittelstands vor Wettbewerb – wohl aber als tatkräftige Förderung seiner Leistungsfähigkeit für den Wettbewerb“ (S. 14).</p>	<p>„Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft ist Grundlage für Wohlstand.“ Trotz dieser Bedeutung wenig Konkretes zur Wettbewerbspolitik: "Notwendig bleibt weiter eine kluge Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik ... Wir wollen als führende Handelsnation auch die weltweiten Märkte der Zukunft mit hochwertigen Produkten beliefern. ... Damit leistet Deutschland seinen Beitrag zum gemeinsamen Ziel, die EU zum wettbewerbsfähigsten ... Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ (S. 18f.).</p>	<p>Für „ein strenges Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, gegen Kartelle, Monopole, abgestimmtes Verhalten und wettbewerbsbeschränkende Fusionen. Wir treten ein für einen starken Staat, der die Wettbewerbsregeln durchsetzt und weiterentwickelt.“ Liberalisierungen bei Information, Kommunikation, Strom, Wasser- und Abfallwirtschaft, Landesbanken privatisieren und für Wettbewerb öffnen, Kammerwesen... überprüfen, Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb ent-rümpeln, Ladenschlussgesetz ersatzlos streichen (S. 15f.).</p>	<p>Bei der „großen Chance für Innovation und Arbeitsplätze“ spielt nicht der Wettbewerb, sondern der Klimaschutz eine entscheidende Rolle (S. 11). Statt „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ mehr Vertrauen in politisches Wissen und Weitsicht: „Wir wollen die ökologischen Pioniermärkte weiterhin besetzen und ökologische Produkte auf dem Markt etablieren.“ (S. 13).</p>	<p>„Große Fehlentwicklungen sind durch die Privatisierung von Post und Bahn entstanden. In vielen Bereichen wurde die Grundversorgung der Bevölkerung aufgegeben, um die Unternehmensziele an der Börse auszurichten und profit-trächtige neue Märkte zu erobern.“ „Lohndumping ... durch veränderte Vergabepaxis“ bekämpfen: „Vergabegesetz“ (S. 5).</p>

Marktwirtschaft/Mittelstand

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Mobilität	<p>Wie bei vielen Themen: Was man sonst kaum findet, findet man unter „Im Osten was Neues“: „Schwerpunkte sind die verbesserte Anbindung der Regionen ..., die Ertüchtigung des Schienennetzes und eine verbesserte Verkehrsanbindung zu den EU-Beitrittsländern. Dabei sollen alternative Finanzierungsmodelle in die Überlegungen mit einbezogen werden. ... Für die Kommunen ist eine Infrastrukturpauschale einzuführen.“ (S. 26). „Finanzielle Hilfen zur Förderung der Mobilität sollen zurückgefahren werden, um die Abwanderung aus dem Osten zu begrenzen“ (S. 29).</p>	<p>„Mobil sein bedeutet für Menschen ein hohes Maß an Freiheit und Lebensqualität... Ein 90-Milliarden-Euro Investitionsprogramm“: „Engpässe und Staupunkte auf den Autobahnen, auf der Schiene und auf den Wasserwegen beseitigen“, „den maritimen Standort...stärken“, „Schwerpunkt ‘Ost’ im Bundesverkehrswegeplan“, „modernste Spitzentechnologien... anschieben“, „Vernetzung... optimieren“, „modernste Bahntechnik wie z.B. Magnetschwebetechnik fördern.“ Bahnreform konsequent fortsetzen. „Wir wollen... dass der ÖPNV auch künftig bezahlbar bleibt“ (S. 35).</p>	<p>„Für die FDP ist Mobilität ein Teil der Freiheit. ... Liberale Verkehrspolitik baut auf zwei Grundsätzen auf. Zum einen wissen die Bürger selbst besser als der Staat, in welcher Form sie mobil sein wollen. Zum anderen sollte sich die Rolle des Staates darauf beschränken, die Infrastruktur zu gewährleisten und den Wettbewerb der Verkehrsträger untereinander zu fördern.“: Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips; „so viel privates Kapital wie möglich“. „Bei der Privatisierung ... keine neuen privaten Monopole“; Trennung von Netz und Betrieb, „Netzzugang auf der Schiene diskriminierungsfrei“ (S. 72ff.).</p>	<p>„Wir wollen das Mobilitätsbedürfnis... umwelt- und fahrgastfreundlich gestalten...Gleichzeitig wird der Verkehr einen entscheidenden Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz leisten müssen“... Für „Kombination von Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung... sowie ... weniger schädliche Antriebe für Autos und ... intelligente Nutzung im Car Sharing.“ (S. 16). „Bahnfahren muss billiger werden“: halber Mehrwertsteuersatz im Nah- und Fernverkehr. „Wir wollen der Bahn Dampf machen und die Struktur so verändern, dass echter Wettbewerb... möglich wird“ ... Einführung der LKW-Maut zur Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Bahn (S.17f.).</p>	<p>„Wir wollen eine Mobilität, die von den Menschen als Bereicherung ihrer Lebensqualität genutzt werden kann... Mit einer anderen Verkehrspolitik... zu warten ... ist beschäftigungspolitisch falsch und gegenüber der gesellschaftlichen Zukunft verantwortungslos.“: LKW-Maut; „Ausbau regional attraktiver Schienenwege und... Wasserwege“; verstärkten Einsatz ... umweltverträglicher Flugzeuge“, Kerosinsteuer, schrittweise Verminderung des Regionalflugverkehrs“ (S. 5f.).</p>
Umwelt	<p>„Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind Kernanliegen“. Umweltrecht in „Umweltgesetzbuch“, um es „für Mittelstand und Landwirtschaft praktikabler zu machen.“ „Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln“, Verpackungsverordnung fortschreiben, „Daseinsvorsorge“: Liberalisierung der Wasserversorgung“ abgelehnt (S. 57f.).</p>	<p>„Unsere Vision ist eine Steigerung der Effizienz von Energien und Rohstoffen um den ‘Faktor 4’, „Ökologie und Nachhaltigkeit sind Langfrist-Ökonomie“, Hierarchie: „Vermeiden – verwerten – beseitigen.“ „Wettbewerbsmäßige Lösungen ... sind zuzulassen und zu fördern.“ „ Wir lehnen die Liberalisierung der Wasserversorgung ab.“: „eine Strategie zur Modernisierung... entwickeln“ (S. 36f.).</p>	<p>„Für effizienten Umweltschutz sind moderne marktwirtschaftliche Mechanismen zielführend und nicht bürokratisch-dirigistische Verfahren ...Soziale Marktwirtschaft ist ökologisch ... Aus Klimaschutzgründen ist der Abschied von der Kernenergie der falsche Weg ... Akzeptanz erneuerbarer Energien stärken. „Die FDP will die Abfallwirtschaft ... in ... wettbewerbliche Strukturen überführen“ (S. 26ff.).</p>	<p>„Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie.“ (S. 7). „Ökologie schafft... Arbeitsplätze.“ Kyoto-Protokoll-Ziele: „Nur mit einer Politik, die uns systematisch von Kohle und Öl unabhängig macht und aus der Atomkraft aussteigt, erreichen wir diese Klimaschutzziele.“ (S. 12). „Alle erneuerbaren Energien... sollen gefördert werden“ (S. 14).</p>	<p>„Anstatt über mindestens zwei weitere Jahrzehnte an der unverantwortbaren Atomenergienutzung festzuhalten“: „den Betrieb der deutschen Atomanlagen schnellstmöglich... einzustellen... Förderung und Nutzung der regenerativen Energieträger.“ Klimaschutz (S. 5).</p>

Ostdeutschland

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Zukunft Ostdeutschlands	<p>Bisherige Orientierung an schnellstmöglicher Angleichung der Lebens- und Wirtschafts-verhältnisse im Westen kann nicht mehr der alleinige Maßstab sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> - kreative Neuausrichtung auf die Förderung neuer Unternehmen, Beispiele Sachsen und Thüringen - Innovationsförderung soll Forschungs- und Entwicklungspotentiale in Unternehmen stärken und diese mit den Hochschulen vernetzen. - Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden, insbesondere Verkehrsprojekte Deutsche Einheit - Mehr regionale Eigenständigkeit bei der Wirtschaftsförderung, Konzentration auf „Wachstumspole“, zeitlich befristete Experimentierklauseln in Bundesgesetzen. - Ziel der Beschäftigungspolitik muss der erste Arbeitsmarkt sein. - Abwanderung soll nicht mehr so stark staatlich gefördert werden. - Produktivitätsfortschritte sollen als Lohnangleichungen an die Beschäftigten weitergegeben werden. - Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft mit ihren großen Betrieben sind in der Agrarpolitik besonders zu würdigen. 	<p>„Es ist unser vorrangiges Ziel, den Strukturwandel zugunsten einer modernen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur als Grundlage für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung der ostdeutschen Länder zu stärken.“ (S. 39)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Solidarpakt hat sichere Basis für den Aufbau Ost bis 2019 geschaffen. - Besonderer Schwerpunkt: Forschungseinrichtungen als Keimzellen der Innovation. - Wachstumszentren sollen besonders gefördert werden. - Die Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden, besonders im Bereich des Verkehrs (Verkehrsprojekte Deutsche Einheit) - Die Zielgenauigkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll erhöht werden, Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muss im Mittelpunkt stehen. - Im Agrarbereich sollen die Altschulden entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abgelöst werden. 	<p>„Die FDP wird eine „Offensive für Zukunftsinvestitionen in den neuen Bundesländern“ beginnen ...“ (S. 20)</p> <ul style="list-style-type: none"> - vor allem sollen Rahmenbedingungen und wirtschaftsnahe Infrastruktur verbessert werden. - Bei der Vergabe von Fördermitteln muss zunehmend differenziert werden, Mitnahmeeffekte und Subventionsmentalität müssen vermieden werden. - Niveau der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen muss steigen. - Investitionsförderung muss auf hohem Niveau weitergeführt werden, damit in Ostdeutschland ein Kapitalstock entsteht. - Konzentration auf die Wachstumszentren mit Förderung „Abstrahleffekte“ auf weniger entwickelte Gebiete - Bei Forschung und Entwicklung muss der Rückstand zu den Westlichen Bundesländern verringert werden. - Die Unternehmensfinanzierung muss wettbewerbskonform erleichtert werden, dazu sind auch Angebote der öffentlichen Förderbanken notwendig. - Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist ,mittelfristig zurückzuführen, insbesondere darf sie keine unfaire Konkurrenz für den Mittelstand schaffen. 	<p>„Wir setzen auf ein selbstbewusstes Ostdeutschland. Wir setzen auf gesamtdeutsche Gerechtigkeit – und wollen deshalb den sozialen Abstand zwischen Ost und West weiter verringern.“ (S.56)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fördermittel sollen verstärkt für die Entwicklung industrieller und wirtschaftlicher Kerne eingesetzt werden. - Für Ostdeutschland soll die boomende Umweltbranche genutzt werden, es soll Vorreiter bei ökologischen Zukunftstechnologien werden. - dazu wird eine neue „Innovationszulage“ geschaffen. - Innovative Produkte und Technologietransfer zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen soll besonders gefördert werden. - kulturelle Angebote für die Jugend und Jugendsozialarbeit werden gestärkt - Chancen der Osterweiterung: Ostdeutschland wird zu einer Verbindungsregion im Zentrum Europas. 	<p>„Ostdeutschland braucht einen neuen Aufbruch! Eine Perspektive, die im Osten und im Westen trägt und die von in Ostdeutschland lebenden Menschen verwirklicht wird.“ (S. 7)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ostdeutschland soll als europäische Region selbstständig lebensfähig werden, Alimentierungen nach 2002 sollen so überflüssig werden. - Entscheidende Basis für den Aufschwung: Unternehmensentwicklung - Förderung besonders von kleinen und mittleren Unternehmen und von Netzwerken - Konzentration der Fördermittel auf Innovation und einzelne Schwerpunkte - Angleichung der Lebensverhältnisse ist vorrangig: Lohnangleichung, Regelung der Altschuldenproblematik - Abschaffung des „Rentenunrechts“ -Aber: Das Denken und Handeln im Ost-West-Muster muss überwunden werden.

Weniger Steuern: mehr Arbeitsplätze

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Einkommensteuer-Reform	<p>Anlehnung an FDP im Anspruch: „einfacher, niedriger und gerechter“ (S.4). „so vereinfachen, dass alle Bürger ihre Steuererklärung wieder selbst erstellen können. Ein einfaches Steuersystem ist grundsätzlich auch ein gerechtes Steuersystem“ (S. 8): Linear-progressiver Tarif, „mittelfristig und schrittweise“ Eingangssteuersatz auf 15%, Spitzensatz „auf unter 40%“ (S. 8). Zur rot-grünen Diskriminierung von Personengesellschaften: „Wir werden diese Benachteiligung ... durch Verbesserungen bei der Einkommensteuer beseitigen. Die Steuerfreiheit für Beteiligungsveräußerungen wird ... einer Überprüfung unterzogen“ (S. 9). „Am Ehegatten-Splitting halten wir fest“ (S. 8).</p>	<p>Dreistufige Steuerreform mit nächsten Entlastungsstufen 2003 und 2005: Tarif linear-progressiv, Eingangssteuersatz von 25,9 auf 15% (2005) senken, Spitzensteuersatz von 53% auf 42% (2005). Die Diskriminierung der Personengesellschaften erscheint so: „Die Kapitalgesellschaften in Deutschland haben endlich ein auch international konkurrenzfähiges Steuersystem erhalten“ (S. 23). Bei Kapitalerträgen vage, aber mit Duftnote: „Die Besteuerung... muss europaweit vereinheitlicht und unfairer Steuerwettbewerb wirksam unterbunden werden“ (S. 23). „Mit der Bekämpfung von ...internationalem Steuerdumping leisten wir auch künftig einen Beitrag zur Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit“ (S. 24).</p>	<p>Stufentarif für alle: für Arbeitnehmer, Selbständige und Betriebe: Einkommensteile bis 7.500 Eur 0% „ von 7.501 – 15.000 „ 15% „ von 15.001 – 40.000 „ 25% „ ab 40.001 „ 35% Rechtsformneutral: Dieselbe Steuer für Gewinne von Personennunternehmen und Kapitalgesellschaften, Ausschüttungen: 35%. Einfache Steuer: Für Otto-Normal-Steuerzahler reicht 1 Seite für Lohnsteuerkarte/vereinfachte Einkommensteuererklärung. Netto-Entlastung von 26,6 Mrd. Eur wird durch Wegfall und lineare Kürzung („Rasenmäher“) von Subventionen und Bundes-Zuwendungen, Privatisierung usw. finanziert: Überschuss von 9,58 Mrd. Eur (berechnet für 2005; Grundlage: BMF). Zinsabgeltungsteuer von 25%.</p>	<p>Hauptanspruch: „Unsere Vorstellung von Gerechtigkeit geht weiter als die der anderen Parteien.“ (S. 29). Steuerreform wie SPD bis 2005. Vage, aber tendenziös bei Besteuerung von Kapitalerträgen: „Steuerhinterziehung auch bei Kapitaleinkommen und grenzüberschreitend eindämmen.“ (S.36). Entlastung bei Einkommensteuer zur Vorbereitung der Wiedererhebung der Vermögensteuer (S. 37).</p>	<p>Kritik an rot-grüner Steuerreform: „Steuer-geschenke an Banken, Großunternehmen und Spitzenverdiener“ (S.3). PDS will „leistungs-gerechten Einkommen-steuertarif“, „gewinn-abhängig steigende Kör-perschaftsteuersätze“ „Abschaffung des Ehegattensplittings“ „bei Ausgleich von Ein-kommensverlusten für untere und mittlere Ein-kommensgruppen“, „sachgerechte Besteue-rung von Gewinnen aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen“. „Mindestbesteuerung für Gewinne und andere Einkommen“ (S. 7).</p>
Gemeinde-Steuer	<p>Gewerbesteuerumlage auf Niveau vor rot-grüner Steuerreform zurück führen (S. 9).</p>	<p>„Revitalisierung“ der Gewerbesteuer?: „Die Gemeinden brauchen eine verfassungskonforme, wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle mit eigenem Hebesatzrecht. Damit lässt sich eine gerechte Verteilung der Gemeindesteuerlasten zwischen Großunternehmen, Mittelstand und Wohnbevölkerung erreichen“ (S. 43).</p>	<p>Gleichbehandlung aller Einkunftsarten bei der Einkommensteuer setzt den Wegfall der Gewerbesteuer voraus. Also umfassende Reform der Gemeindefinanzen: eigenes Hebesatzrecht für Zuschlag auf neue Einkommensteuer, höherer Anteil an der Umsatzsteuer.</p>	<p>Keine konkreten Aussagen im Steuerteil.</p>	<p>Nur generell: „eine Politik, die im Verhältnis des Bundes zu den Ländern und der Länder zu den Kommunen den solidarischen Föderalismus stärkt“ (S. 7).</p>

Weniger Steuern: mehr Arbeitsplätze

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Ökosteuer	Rot-grüne Ökosteuer im nationalen Alleingang = „wirtschaftlich verfehlt, ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht“. Warum soll nur ihre Erhöhung für 2003 verhindert werden. Warum erst „mittelfristig“ ersetzen „durch eine aufkommens- und wettbewerbsneutrale, europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe“?(S. 9).	Wie Radio Eriwan: „Das Prinzip der ökologischen Steuerreform ist und bleibt richtig. Die Lohnnebenkosten (Rentenversicherung) werden verringert, Energieverbrauch und Umweltbelastung gedrosselt.“ Aber als Wahlkampf-Bonbon: „Die letzte Stufe wird zum 1.1.2003 in Kraft treten. Danach wird es keine weitere Anhebung geben. Wir werden auf die Beibehaltung von Ausnahmetatbeständen für energieintensive Unternehmen hinwirken (S. 23).	„Die Steuererhöhungen mit dem Etikett Ökosteuer sind unsozial und ungerecht. Sie müssen rückgängig gemacht werden. Sie haben weder positive Umwelteffekte erzielt noch die Lohnnebenkosten gesenkt“(S.5).	„Und wir wollen die Ökosteuer zu einer ökologischen Finanzreform weiterentwickeln. Auch in der nächsten Legislaturperiode halten wir an der Aufkommensneutralität der ökologischen Finanzreform fest. Jeder eingenommene Euro fließt durch niedrigere Lohnnebenkosten, den Ausgleich sozialer Härten oder durch die Förderung von umweltbewußtem Verhalten wieder an die Bürger zurück“ (S. 37).	„Mehr soziale Steuergerechtigkeit“ soll u.a. erreicht werden durch: „die Ersetzung der so genannten Ökosteuer durch eine Primärenergiesteuer, deren Einnahmen... für den Ausbau und die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs und ein ökologisches Investitionsprogramm eingesetzt werden“ (S. 6f.).
Vermögensteuer	„Die Vermögensteuer werden wir aus Gründen der Rechtssicherheit streichen und die teilweise geforderte Wiedereinführung verhindern“ (S. 9).	„Der Staat muss sicherstellen, dass jeder einen seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag im Rahmen einer gerechten und sinnvollen Besteuerung des Einkommens aus Arbeit und Vermögen leistet.“ (S.23). Der Bezug zum BverfG im Antrag des BuVo fehlt.	„Die bisher nur ausgesetzte Vermögensteuer wird endgültig abgeschafft“ (S. 6).	„Wir wollen mehr Gerechtigkeit bei der Vermögensbesteuerung. Für eine verfassungskonforme Vermögensteuer müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.“ (S. 37; siehe auch Erbschaftsteuer).	„Mehr soziale Steuergerechtigkeit“ soll u.a. erreicht werden durch: „eine Abgaben- und Steuerreform, die eine höhere Beteiligung von großen Vermögen ... sichert“ (S. 6f.).
Erbschaftsteuer	„Eine Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer lehnen wir ab“ (S. 9).	Wie bei Vermögensteuer: Niemand wird durch konkrete Aussagen verschreckt. Die werden z.B. der IG Metall überlassen.	„Die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen wird entsprechend dem britischen Modell neu geregelt.“: Für Unternehmensnachfolge 10 Jahre Stundung; bei Fortführung des Betriebes durch Erben Erlass um ein Zehntel der Steuer p.a. (S. 6).	„Die vom Bundesverfassungsgericht beanstandete unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Vermögensarten wollen wir durch eine Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer korrigieren“ (S.37) „Halbteilungsprinzip“?	„höhere Beteiligung ...von großen Erbschaften“:..Wie bei Vermögen, auch mit Begrenzung: Steuerfreiheit „des üblicherweise selbstgenutzten Wohneigentums“ (S.7).

Flexibler Arbeitsmarkt: mehr Arbeitsplätze

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Flächentarif, Arbeitsrecht	<p>Flächentarif erhalten; nur allg.: - "tarifrechtliche Flankierung zur Erweiterung des Spielraums für betriebliche Bündnisse für Arbeit." - „Neben Lohn und Arbeitszeit müssen auch die Beschäftigungsaussichten in den Güntigkeitsvergleich einbezogen werden.“, aber: - „Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie ein begründetes Einspruchsrecht bleiben“ (S. 12).</p> <p>(Kommentar NZZ vom 18.6.02: „Die Unionsparteien möchten im Schlafwagen an die Macht“.)</p>	<p>Flächentarifverträge nicht verändern. Denn: - „Sie ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen“. - „Sie können gezielt und verstärkt auch betriebliche Aspekte berücksichtigen.“ - Aber sibyllinisch direkt anschließend: „Notwendige Reformen werden wir auch weiterhin im Bündnis für Arbeit ... mit den Sozialpartnern abstimmen“ (S.27).</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Der Flächentarifvertrag legt nur Bandbreiten für Arbeitsentgelt und Arbeitszeit fest; Unternehmen und Belegschaft vereinbaren im Sinne von §4 Abs.5 TVG. - Auslegung des TVG am Ziel „Beschäftigung“ orientieren: in §1 festschreiben; Güntigkeitsprinzip in §4 Abs.3 so ändern, dass geringerer Lohn/längere Arbeitszeit günstiger, falls dadurch sicherere Arbeitsplätze. - Sperrwirkung des § 77 Abs. 3 BetrVerfG zugunsten betrieblicher Vereinbarungen ändern. - Allgemeinverbindlichkeitserklärung (§5 TVG) abschaffen, Nachwirkung begrenzen. <p>Tariftreueregelungen abgelehnt (S. 6ff.).</p>	<p>Keine Aussagen zum Tarifvertragsrecht: Die Grünen setzen auf „gerechte Um- und Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit“ (S. 32) und mehr Arbeit durch: „Ökologie schafft wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze.“ (S.31) Oder witzig gegen Rot: „Brüder, durch Sonne zur Arbeit!“ (S.29)</p>	<p>Tarifvertragsgesetz so reformieren: - „Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern“. - „Vorrang des Tarifvertrages vor betrieblichen Vereinbarungen sichern.“ - „Verbandsklagerecht der Gewerkschaften verankern“.</p> <p>Betriebsverfassungsges. für Demokratisierung der Arbeitswelt reformieren. „Antistreikparagrafen beseitigen“ (S. 4).</p>
Kündigungsschutz	<p>Nur für ältere Arbeitnehmer über 55 Optionsrecht: Rechte aus § 1 KüSchG (Kündigungsschutzklage) oder Vereinbarung einer Abfindung für den Fall der Kündigung. Prüfung zugesagt, „ob durch eine Übertragung des Optionsmodells auf Langzeitarbeitslose auch für diese zusätzliche Chancen am Arbeitsmarkt entstehen“ (S. 12.)</p>	<p>Halbierung des Schwellenwertes beim Kündigungsschutz auf 5 Beschäftigte seit 1.1.99 wird beibehalten.</p>	<p>Lockerung des ges. Kündigungsschutzes durch Optionsrecht: Rechte aus §1 KüSchG oder festgeschriebene Abfindung oder Weiterqualifizierung für Kündigungsfall. Schwellenwerte für KüSchG: Für Betriebe ab 20 Beschäftigte; erst ab 2 Jahren nach Beginn des Arbeitsverhältnisses. Sozialauswahl nur nach Kriterien Alter, Dauer der Zugehörigkeit, Unterhaltsverpfl. (S. 7).</p>	<p>Keine direkte Aussage zum Kündigungsschutz, aber Bekenntnis zur bisherigen Reglementierung des Arbeitsmarktes: „wir werden weiter auf einer gerechten Reform des Arbeitsmarktes beharren.“ Der kalten Politik des neoliberalen Ellenbogens sowie der Reformverweigerung schwarz-roter Strukturkonservativer steht unsere Politik ... gegenüber“ (S.30).</p>	<p>Keine explizite Aussage zum Kündigungsschutz, aber die Kritik an der rot-grünen Regierung lässt erwarten, dass der PDS die rot-grünen Reglementierungen nicht weit genug gehen (s. Flächentarif, Arbeitsrecht oben).</p>

Flexibler Arbeitsmarkt: mehr Arbeitsplätze

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Arbeitszeitflexibilität	<p>Übervorsichtig: „Wir brauchen eine neue Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit. Dazu gehört, dass wir eine flexiblere Personalpolitik durch verbesserte Rahmenbedingungen für Zeitarbeit und die vertragliche Befristung von Arbeitsverhältnissen ermöglichen.“ Dafür aber klar: „Den generellen Rechtsanspruch auf Teilzeit werden wir abschaffen und ihn auf Zeiten der Kindererziehung und Pflege begrenzen“ (S. 12). Statt rot-grüner 325 Euro-Jobs: Anhebung auf 400 Euro, pauschale Steuerpflicht von 20% ohne Sozialversicherungsbeiträge (S. 11).</p>	<p>Ein klares Ja zur Flexibilität: „In der Nutzung flexibler Arbeitszeitgestaltung liegt ein großes Beschäftigungspotential“. „Wir wollen eine flexiblere Verteilung der Lebensarbeitszeit in Form von Arbeitszeitkonten.“ Ergänzung der Regularbeit durch „befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit, Werkverträge, Zeitarbeit, Telearbeit oder Jobrotation.“ Aber: „Flexibilität darf nicht zu Lasten sozialer Sicherheit gehen.“ Überstunden notfalls per Gesetz beschränken: „Vorrangig die Tarifparteien müssen sich um klare Vereinbarungen zu ihrer sinnvollen Begrenzung bemühen.“</p>	<p>Übertragbarkeit der Arbeitszeit auf andere Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; generelle Zulassung von Samstagarbeit; Zeitarbeit auch f. d. Baubereich, Verlängerung zulässiger Arbeitnehmerüberlassung auf 36 Monate; befristete Arbeitsverträge: auf 4 J. ausdehnen, Verbot wiederholten Abschlusses und schärfere Tarifbindung im 2. Jahr abschaffen; geringfügige Jobs unbürokratisch und ausdehnen auf 630 Euro-Jobs mit 15% Pauschalbesteuerung. Rechtsanspruch auf Teilzeit zurücknehmen (S. 8; bereits in WP '94, (S. 21; WP'98, S. 16 f.).</p>	<p>„Vorrang hat für uns eine flexible und sozialverträgliche Arbeitszeitpolitik“. Rechtsanspruch auf Teilzeit beibehalten + „Lebensanspruch auf regelmäßige arbeitsfreie Zeit“. „...Teilzeitarbeit fördern, indem wir Altersteilzeit zu einem fünfjährigen, altersunabhängigen Förderanspruch für alle umwandeln“. „Notwendig ist... die praktische Anwendung von Jobrotation, Jobsharing und Lebensarbeitszeitkonten.“ „Gerechte Um- und Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit“ (S. 31f.).</p>	<p>„Abbau von Sonn- und Feiertagsarbeit; Einschränkung des Mehrschichtbetriebes und der Nachtarbeit“ (Programm der PDS „aktualisiert“, (4.5., S. 1). Generelle „Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich“; „Überstundenabbau mit Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden“ (Wahlprogramm, S. 4).</p>
Selbständigkeit	<p>„Das Gesetz gegen die sogenannte „Scheinselbständigkeit“ werden wir aufheben“ (S. 10). Ähnlich wie FDP-WP'98: „In den Schulen und Hochschulen und in der beruflichen Bildung müssen die Bereitschaft zu Engagement und Verantwortung, zu Risiko und Kreativität als zentrale Bildungsziele verankert werden“ (S. 15).</p>	<p>„Wir haben den Missbrauch der ... Scheinselbständigkeit zurückgeführt,“ (S.27). Fast wörtliche Übernahme aus FDP-WP '98: „Und wir verbessern die Rahmenbedingungen für Existenzgründer und stärken so die Kultur der Selbständigkeit...Eine schlechte Zahlungsmoral“ gefährdet Selbständigkeit.“ Förderung konzentrieren (S. 20).</p>	<p>Gesetz zur sogenannten Scheinselbständigkeit abschaffen (S. 20); schon im WP '98: Bildung und Ausbildung müssen neue Kultur der Selbständigkeit fördern, Förderangebot für Existenzgründer straffen; Eigenverantwortung und Risikobereitschaft fördern. Anreize für Wagniskapital; Verbesserung der Zahlungsmoral (WP '98,S. 19f.).</p>	<p>Gesetz zur sogenannten Scheinselbständigkeit offenbar beibehalten, da der eigene Reformbeitrag allgemein gelobt, das Thema speziell nicht angesprochen wird. An FDP-WP'98 angelehnt: „Wir wollen ...die Kultur der Selbständigkeit stärken.“ Anreize für Risiko- und Beteiligungskapital (S. 37f.).</p>	<p>Begründet mit Diskriminierung von Frauen: „Wir werden deshalb parlamentarische Initiativen ergreifen, um Scheinselbständigkeit abzubauen“ (Wahlprogramm, S. 5.).</p>

Flexibler Arbeitsmarkt: mehr Arbeitsplätze

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Geringqualifizierte	<p>Geringere Sozialversicherungsbeiträge für alle Arbeitnehmer mit Einkommen von 401- 800 Euro + mehr als 20 Wochenstunden, also nicht nur für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger; spezieller „Aufstockungsbetrag“, wenn dennoch „deren Nettolohn bisher bezogene soziale Leistungen nicht erreicht“ (S.11): Grundgedanke wie bei Bürgergeld, aber Transfer und Versicherung wie bei SPD und Grünen vermischt. Von FDP übernommen: Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Gegenleistungsprinzip („Kultur des Förderns und Forderns“) (S. 13); private Haushalte als Arbeitgeber, aber konkreter Weg fehlt (S. 11).</p>	<p>Nach Erprobung bundesweite Einführung des „Mainzer Modells“: bei Einkommen von 325-800 Euro Kindergeldzuschläge und Zuschüsse zur Sozialversicherung, als über Vermischung von Transfer- und Versicherungsbereich. Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von FDP kopiert. Aber generell: „keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“ (S. 24f.). Dabei keine Aussagen zu flexiblen, produktivitätsgerechten Marktlöhnen (außer beim Jein zur „Lohnanpassung“ gemäß „Produktivität“ in Ostdeutschland (S. 40f.)).</p>	<p>Bürgergeld-Anreize, damit sich einfache Arbeit lohnt: progressive Teil-Anrechnung des Erwerbseinkommens auf Sozialleistungen, Einstieg in die Integration der steuerfinanzierten Sozialleistungen durch Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Pauschalierung von Leistungen, Einstiegsgeld. Gegenleistungsprinzip: Bereitschaft, zumutbare Arbeit anzunehmen + Qualifizierung; dabei Beweislastumkehr: Transfer-Empfänger muss beweisen, warum er zumutbare Arbeit nicht leisten kann; der Staat muss über „Fallmanager“ geeignete Stellen anbieten. Schon im WP'94: private Haushalte als Arbeitgeber: „Kosten steuerlich geltend“ machen (S. 22).</p>	<p>Nur Anspruch von FDP kopiert: „Wir wollen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt schlagen“. Aber nebulöser Weg: „Statt einer flächendeckenden Subventionierung des Niedriglohnbereichs wollen wir die Sozialabgaben so gestalten, dass die... Teilzeitmauer überwunden wird.“ Also Vermischung von Versicherungs- und Transferbereich durch Zuschüsse zu den Versicherungsbeiträgen. Außerdem: Brücken-Konzept isoliert von „sozialer Grundsicherung“) mit Zusammenfassung von „Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“ (S.34). „Fördern und Fordern“, aber: „Verschärfung von Sanktionen“ lehnen wir ab“ (S. 31).</p>	<p>„Statt pauschal niedrige Löhne zu subventionieren, treten wir dafür ein, gezielt soziale Dienste, die wie Pflege- und Betreuungsdienste in Zukunft mehr gebraucht werden, öffentlich zu subventionieren“ (S.4). Objekt- oder Subjekt-Subvention? Gegen betriebsnahe, flexible Marktlöhne: „Lohndumping muss aber auch durch eine veränderte Vergabepraxis der öffentlichen Haushalte bekämpft werden“ (S. 5).</p>
Arbeitsämter, Bundesanstalt, ABM	<p>Wenig konkrete Aussagen zur BA-Reform.: BA dezentralisieren und straffen, Vermittlung reformieren. In den Arbeitsämtern werde „die Kernaufgabe Arbeitsvermittlung gestärkt und auch durch mehr Wettbewerb mit privaten Anbietern die Vermittlungsleistung verbessert.“ Unklar zu ABM (S. 13f.).</p>	<p>Verweis auf Hartz-Kommission, ansonsten vage: „Die Bundesanstalt für Arbeit und insbesondere die Arbeitsvermittlung werden grundlegend reformiert und modernisiert.“ Wie? Wann?</p>	<p>10 Landesarbeitsämter abschaffen, BA-Umwandlung in „reine Versicherungsanstalt“, Privatisierung und Vermittlungsgutscheine mit marktüblichen Preisen; Arbeitsmarktpolitik nachgeordneter Bundesbehörde übertragen. Arbeitslosenvers. nach Versicherungsprinzip; regelmäßig Arbeitsgeld befristet auf 12 Monate, für ältere Arbeitnehmer „angemessene Rück-führung der Bezugsdauer“ prüfen; Pflicht für Arbeitslose, laufenden Kontakt zum Arbeitsamt zu halten. Straffung der ABM.</p>	<p>Wenig konkret: „auf einer gerechten Reform des Arbeitsmarktes beharren“ (S. 30), „durch Struktur-reformen der Arbeitslosenversicherung“ Beiträge senken (S. 39). ABM „und andere Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik sind besonders in Ostdeutschland weiterhin notwendig“ (S. 31).</p>	<p>„eine einkommens- und gewinnabhängige Arbeitsmarktabgabe zur Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik (4.5., 1). „Fonds für regionale Gemeinschaftsaufgaben“ für Teile von „ABM und SAM“- Förderung (S. 4).</p>

Sozialstaat reformieren

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Gesundheit	<p>Wir treten für ein freiheitliches Gesundheitssystem ein. Das heißt: ... freie Arztwahl statt Staatsmedizin, Therapiefreiheit statt Listenmedizin, Wettbewerb statt Einheitsversorgung". Rot-grüner „Irrweg in die Zwei-Klassen-Medizin" - durch „unsinnige Experimente, Budgetierung und Dirigismus" - „muss beendet werden." (S. 42): Die Versicherten sollen künftig eine größere Wahlfreiheit über den Umfang ihres Versicherungsschutzes erhalten: ... selbst entscheiden können, ob... Versorgungsumfang beibehalten, ... zusätzliche Leistungen erhalten oder bei gleichzeitiger Beitragsermäßigung Leistungen abwählen oder Selbstbehalt übernehmen", „freie Arzt- und Krankenhauswahl ... bleibt unangetastet." Mehr Verantwortung der Kassen für ihr Angebot, „etwa für unterschiedliche Selbstbehalt und Mehrleistungen". „Alle Budgetierungen bei den Leistungserbringern werden abgeschafft." „Wahlmöglichkeit zwischen Sachleistungs- und Kostenerstattungsprinzip", Transparenz durch „Patientenquittung" über Leistungen. Bundesweiter Risikostrukturausgleich (S. 43 f.).</p>	<p>„Das Prinzip der solidarischen Ausrichtung des Gesundheitswesens bleibt richtig ... ebenso die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber" (S. 54). „Wer im Gesundheitswesen die Solidarität erhalten und die Qualität stärken will, muss zu mutigen Reformen bereit sein. Dazu ist es unverzichtbar, die solidarische Wettbewerbsordnung im Gesundheitswesen auszubauen und die Transparenz zu verbessern" (S.53f):"Umfassender Versicherungsschutz für alle, ein vom Einkommen unabhängiger Leistungsanspruch, die strikte Orientierung am medizinisch Notwendigen, Versorgung ohne Wartelisten. Diese Vorzüge werden wir erhalten. Deshalb lehnen wir die Aufteilung der Leistungen in Grund- und Wahlleistungen ab. Eine Zwei-Klassen-Medizin wird es mit uns nicht geben. ... Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt einheitlich und gemeinsam für alle Krankenkassen und umfasst das medizinisch Notwendige." ... Freie Arztwahl bleibt erhalten. „Wir regeln die Versorgung mit Arzneimitteln"; Vertrieb und Preisbildung werden liberalisiert"(S. 54f.).</p>	<p>Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört ein Sozialsystem, „das seinem Charakter nach subsidiär ist". (S.11): „Zwangsbeiträge auf Kernleistungen beschränken und Wahlmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume... eröffnen" (S.13). Selbstbehalte und Selbstbeteiligungen, Kostentransparenz durch einkommensteuerneutrale Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags; Zuschüsse für Einkommenschwache, versicherungsfremde Leistungen aus Bundeshaushalt. Prävention: „frühzeitig in Kindergärten und Schulen", Früherkennung, Bonussysteme, reduzierter Mehrwertsteuersatz für Arzneimittel. (S.13). Wettbewerb der Leistungsanbieter: freier Zugang zum Beruf, Wahlfreiheit zwischen GKV und PKV für „möglichst viele", Anhebung der Versicherungspflichtgrenze „ strikt abzulehnen", Ausdehnung Beitragsbemessung auf weitere Einkunftsarten abgelehnt; Kostenerstattung ersetzt grds. Sachleistung, Schluss mit Budgetierung und Ausgaben- deckelung; Werbeverbot lockern; Risikostrukturausgleich schrittweise abbauen (S. 12).</p>	<p>„Für ein solidarisches Gesundheitswesen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Weg in die Zweiklassenmedizin ab. ... Der Zugang zu gesundheitsrelevanten Leistungen nach dem heutigen Sachleistungsprinzip muss allen in Deutschland lebenden Menschen offen stehen. Mit den Grünen ist eine Aufteilung in Grund- und Zusatzleistungen nicht zu machen." „Schritt zur Beitragsgerechtigkeit und zur Senkung der Lohnnebenkosten": Selbständige und Beamte in die Sozialversicherungen, „Anhebung der Bemessungsgrenzen sowie die Einbeziehung von Einkünften aus Nichterwerbsarbeit – etwa aus Vermietung, Verpachtung oder Kapitaleinkünften." „Wir setzen uns dafür ein, dass sich die finanziell Leistungsstarken an der solidarischen Krankenversicherung beteiligen." „Mit Beginn der kommenden Wahlperiode": „Einbeziehung anderer Einkommensarten wie Zinsen, Mieten und Spekulationsgewinne". „Mittelfristig": alle in eine „solidarische Krankenversicherung"; „Vorrangig gesellschaftliche Aufgaben" steuerfinanziert. „Positivliste": Arzneimittelmarkt „energischer reinigen" (S. 39ff.).</p>	<p>„Die Erneuerung des Solidarprinzips ist die Achse unserer Reformkonzeption. Wir wollen das Solidarprinzip gegenüber dem reinen Leistungs- und Äquivalenzprinzip stärken.": Sozialversicherungspflicht „aller Erwerbstätigen, auch der Beamten, Selbständigen, Freiberufler, Abgeordneten" ... durch Integration bestehender paralleler Sicherungssysteme", „für alle Erwerbseinkommen", In KV Beitragsbemessungsgrenze anheben auf Niveau RV, „auch Einkommen aus Vermögensbesitz versicherungspflichtig machen". „Die paritätische Finanzierung... muss beibehalten werden."; Arbeitgeberanteil nach Wertschöpfung. „Leistungskürzungen, mehr Eigenbeteiligung und Zwei-Klassen-Medizin oder mehr Wettbewerb der Kassen ... lehnen wir ab" (S.10ff.).</p>

Sozialstaat reformieren

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Rentenversicherung	<p>„Sicherheit im Alter hat für CDU u. CSU höchste Priorität“ (S.39). Das von Rot-Grün „mit statistischen Tricks“ in Aussicht gestellte „Rentenniveau von 68%“ werde „bei lediglich 64% liegen“ (S. 40). „Wir werden die drei Säulen der Alterssicherung ... in eine neue Balance bringen.“ Wenig konkret: Die kapitalgedeckten Elemente der betriebl. und privaten Vorsorge werden künftig einen höheren Stellenwert erhalten. Die gesetzl. Rentenvers. bleibt tragende Säule der Rentenvers.“ Statt der „Rister-Formel“ will die Union den demografischen Faktor, „um einen massiven Anstieg der Beiträge zu vermeiden und Vertrauen zu sichern.“ Verkürzung der Ausbildungszeiten. „Auch muss sich das tatsächliche Renteneintrittsalter wieder stärker dem gesetzl. Renteneintrittsalter annähern.“ „Wir werden... den Versicherten Wahlmöglichkeiten eröffnen.“ („nicht bei Rentensplitting“ (S.40f)).</p>	<p>Zur Alterssicherung etwas weniger als die Hälfte der Zeilen für „10. Sport ist Spitze für alle“. Das ist indirekt mit den großen Erfolgen der Riester-Rente begründet: „Das Wichtigste aber: Wir haben mit der Rentenreform einen großen Schritt getan, die Alterssicherung langfristig zu stabilisieren.“ ... Mit dem Aufbau einer kapitalgedeckten und staatlich geförderten privaten oder betrieblichen Säule der Alterssicherung schaffen wir zusätzliche Sicherheit für ein sorgenfreies Alter ... Alt sein heißt in unserer Gesellschaft nicht automatisch arm sein....Und nicht Wenige haben darüber hinaus et-was ansparen können“ (S. 51).</p>	<p>„Die FDP trat schon immer für die private Vorsorge als Ergänzung der Rente ein.“ Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) soll so ergänzt werden, „dass die Altersvorsorge zu etwa 50% auf der privaten und betrieblichen Vorsorge beruht.“ Umbau der GRV „im Gegenzug Schritt für Schritt zu einer beitragsfinanzierten Grundsicherung“. „Als wesentliches Kriterium für die geförderte Vorsorge“: „echter Wettbewerb aller Anbieter“, „als Option ein vererbbarer Kapitalstock, Mindeststandards für „die angebotenen privaten Altersvorsorgeprodukte“. Wahlfreiheit, ob z.B. Verrentung, lebenslanger Auszahlungsplan oder in Alten- und Pflegeheim gesicherter Platz. „Auch das Sparen zum Aufbau von Wohneigentum muss als Vorsorgeform in praktikabler Weise anerkannt werden.“ Nachgelagerte Besteuerung „der in anerkannten Vorsorgeformen geleisteten Beiträge“.</p>	<p>„Durch die Ökosteuer haben wir die Lohnnebenkosten bei der Rentenversicherung bereits um 1,5 Prozentpunkte gesekt“ (S. 39). Späte Einsicht: „Statt einer Politik der Frühverrentung muss eine Kultur der Altersarbeit ... entwickelt werden ... Altersteilzeit zukünftig nur noch fördern, wenn sie nicht dazu benutzt wird, ältere Arbeitnehmer in die Rente zu drängen“ (S. 33). Wie bei Gesundheit bzw. allen Sozialversicherungen: Als „Schritt zur Beitragsgerechtigkeit und zur Senkung der Lohnnebenkosten.“ Dazu gehört die Einbeziehung von Selbständigen und Beamten, die Anhebung der Bemessungsgrenzen und die Einbeziehung von Einkünften aus Nichterwerbsarbeit – etwa aus Vermietung, Verpachtung oder Kapitaleinkünften. „Steuerliche Gleichbehandlung von Alterseinkünften“ (S39f).</p>	<p>„Die Rentenreform 2001 bricht mit den seit 1957 geschaffenen Traditionen der sozialstaatlichen lebensstandard-sichernden Alterssicherung“ (S. 13). Den Weg einer „Erhöhung der privaten Vorsorge“ und einer „Heraufsetzung des Renteneintrittsalters“ will die PDS „nicht mitgehen“ (S. 14). Rentenversicherung – wie alle Sozialversicherungen – „zu Versicherungen aller Erwerbstätigen ... ausbauen“ (s. Gesundheit). „Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen sollen künftig nach der Wertschöpfung statt nach der Lohnsumme berechnet werden“ (S. 10).</p>
Pflegeversicherung	<p>„Rot-Grün hat die Pflegeversicherung geplündert und ihre Kassen zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet.“ Wir werden die häusliche Pflege ... weiter stärken. Darüberhinaus kann die stärkere private Altersvorsorge auch die Belastung der Pflegeversicherung mindern“ (S. 40).</p>	<p>„Die Pflegeversicherung bleibt ein wesentlicher Zweig der Sozialversicherungen.“ Probleme demenziell Erkrankter erfasst. Ansonsten nur wiederholte Betonung der Orientierung an den Rechten und Bedürfnissen der Pflegebedürftigen, einschließlich BverfG-Entscheid zum FLA (S.56f.).</p>	<p>Langfristorientierte Versicherung für Pflegebedürftige und Demenzkranke: „Aus Sicht der FDP müssen... insbesondere die Weichen für den Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Säule der privaten Eigenvorsorge für das Pflegerisiko gestellt werden.“ Vorrang der Rehabilitation vor der Pflege (S. 15).</p>	<p>Ähnlich wie FDP: „Primat der Rehabilitation“. „Angebote in der Versorgung auf die individuellen Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen... orientieren.“ Demenz einbeziehen. Aus FDP-WP'90: Arbeitsbedingungen, Berufsbild und Perspektiven des Pflegepersonals verbessern (S. 42; FDP: S. 58).</p>	<p>Konkret nur indirekt bei den Grundsätzen der Sozialversicherungen und deren Finanzierung angesprochen. Ansonsten nur allgemein als Ziel „menschenwürdige Pflege und assistierende Begleitung“ (S. 13).</p>

Bildungspolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Schulen	<p>„Ein gegliedertes, begabungsgerechtes Schulwesen bietet allen Kindern die besten Chancen.“ (S. 19)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel: Sichere Beherrschung der wichtigsten Kulturtechniken Grundwerte der Gesellschaft müssen vermittelt werden, dabei besondere Rolle des Religionsunterrichts. - Chancen des Föderalismus sollen genutzt werden, Leistungsvergleiche sind wichtig, dazu: Einführung einer „Stiftung Bildungstest“. - Hochbegabte müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gefördert werden. 	<p>„Ganztagsschulen sind ein Schlüssel für eine bessere Bildung unserer Kinder und Jugendlichen.“ (S. 29)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel: Bessere „Durchlässigkeit“ des Schulsystems, bessere soziale Integration. „Wir brauchen in der Bildungspolitik bei Wahrung der föderalen Zuständigkeiten eine nationale Antwort und eine gemeinsame Kraftanstrengung.“ (S. 29) - Bundesweites Programm: „Zukunft, Bildung und Betreuung“, 1 Mrd. € pro Jahr. - Schulen sollen mehr Autonomie bekommen, mehr Eigenverantwortung übernehmen, auch bei der Personalrekrutierung. - Aber: Bei der Finanzierung wird ein „solidarisches Ausgleichs-system“ gefordert! - Auch hier: „Stiftung Bildungstest“ 	<p>„Bildung ist Bürgerrecht.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Deshalb: Anteil der Bildungsausgaben soll steigen, Bildungsinvestitionen erhalten Priorität. „Gleichrangig mit der Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten muss unser Bildungssystem Werte und Normen unserer Gesellschaft und Kultur den jungen Menschen nahe bringen.“ (S. 30) - Ausweitung des Angebotes an Ganztagesschulen. - Vielfalt unterschiedlichster Bildungsangebote, private Träger müssen gleichberechtigt mit staatlichen behandelt werden, die gleichen Pro-Kopf-Beträge erhalten. - Unabhängige Agenturen zur Qualitätssicherung schaffen. - Kreative Vielfalt im Bildungswesen, deshalb Wettbewerb zwischen den Schulen, aber auch zwischen den Bundesländern. 	<p>„Wir stehen für Teilhabe an Bildung für alle.“ (S. 50)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Keine frühzeitige Selektion, keine Abschottung, statt dessen mehr individuelle Förderung. - Wichtig ist „kulturelle Vielfalt“ an den Schulen und damit Chancengleichheit für „Jugendliche mit Migrationshintergrund“. - Größere Vielfalt der Bildungseinrichtungen bei „verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen“ - Mehr Mitbestimmung von Lehrenden und Lernenden. - Leistungsvergleich und Transparenz sind wichtig. 	<p>„Bildung ist eine Schlüsselressource des 21. Jahrhunderts.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildungsausgaben sollen mindestens auf OECD-Durchschnitt angehoben werden. - Gleicher Zugang zu allen Bildungsangeboten - Ziel: Integrierte Gesamtschulen mit „effektiven Mitspracherechten“ - Bildungsanbieter dürfen „nicht dem Profitprinzip unterworfen sein.“ (S. 14) - gemeinsames Bund-Länder-Sonderprogramm „Schuloffensive 2003-2006“

Bildungspolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Hochschulen	<ul style="list-style-type: none"> - Wettbewerb zwischen den Hochschulen soll gefördert werden, diese sollen eigenes Profil bilden. - Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern sollen „zugunsten der Länder und des Wettbewerbs“ (S. 19) entflochten werden. - Ernsthafte Debatte über neue Wege der Studienfinanzierung wird gefordert, rot-grünes Studiengebührenverbot abgelehnt. - ZVS wird abgeschafft: „Die Studierenden sollen sich ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selbst auswählen können.“ - An der Habilitation wird festgehalten. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Anteil der Studienanfänger pro Jahrgang soll von 28% auf 40% erhöht werden, mehr akademische Abschlüsse werden angestrebt. - Studiengebühren werden „bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und einem konsekutiven Studiengang“ ausgeschlossen. - Durch Bachelor- und Master-Abschlüsse werden die Studienzeiten gesenkt. - Juniorprofessuren sollen konsequent eingeführt werden. - „Internetgestützte virtuelle Hochschulen“ werden exemplarisch ausgebaut. 	<p>„Mehr Qualität durch Wettbewerb“. Deutsche Hochschulen müssen international wettbewerbsfähige Abschlüsse anbieten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wichtigste Forderung: Unabhängigkeit der Hochschulen, Eigenverantwortung und Wettbewerb werden gestärkt. - Abschaffung der ZVS, Hochschulen entscheiden nach eigenen Kriterien, wen sie aufnehmen - Neue Formen der Finanzierung: Von der Kameralistik zu einem kaufmännischen Rechnungswesen. - Globalhaushalte. - Einführung von Bildungsgutscheinen, die jedem, der die Hochschulreife besitzt, den Erwerb des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses ermöglichen sollen. 	<p>Hochschulen sollen zu einem „zentralen Ort“ in der Wissensgesellschaft werden. Es soll einen „breitangelegten Prozess“ der Verständigung über die Aufgaben der Hochschulen geben. (S. 52)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Möglichkeiten des Hochschulzugangs sollen erweitert werden. - Hochschullehrer werden leistungsabhängig bezahlt. - Das BaföG soll stärker elternunabhängige Bestandteile enthalten. - Finanzierung der Hochschulen soll stärker an Zielvereinbarungen gebunden werden. <p>Besonders wichtig für die Grünen: Feministische Wissenschaftskritik muss gefördert werden.</p>	<p>„... fordern wir einen offenen und sozial gerechten Zugang zu den Hochschulen.“ (S. 16)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Elternunabhängige Ausbildungsförderung und Verbot von Studiengebühren. - Internationalisierung soll vorangetrieben werden. - Frauenstudiengänge sollen gefördert werden. - Vielfalt der Studiengänge soll erhöht werden.

Bildungspolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Berufliche Bildung	<p>„Wir werden dem Markenzeichen „duale Berufsausbildung“ wieder Glanz geben.“ (S. 20)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Differenziertes Angebot an Berufsbildern und Ausbildungsordnungen. - Zulassung theorieentlasteter, kürzerer Ausbildungsberufe. - Zulassung neuer Ausbildungsberufe soll beschleunigt werden. 	<p>Es gibt wieder mehr Ausbildungsstellen als Bewerber, aber noch große regionale Ungleichheiten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Deshalb: Stärkung von betrieblichen Ausbildungsverbänden. - Teilzertifikate auf dem Weg zur vollen Berufsausbildung für lernschwache Jugendliche, - Besondere Förderung von ausländischen Jugendlichen. 	<p>Die Ausbildungsverantwortung der Wirtschaft darf nicht durch staatliche Vorgaben eingengt werden. (S. 37)</p> <ul style="list-style-type: none"> - LE-GO Modell (Learn and Go) Modulare Zusammensetzung der Berufsausbildung zur flexiblen Anpassung die dynamische Arbeitswelt. - Einführung eines Euro-Ausbildungspasses mit dem Nachweis von Teilkompetenzen auf dem Weg zu einem vollen Berufsabschluss. 	<p>- Da gibt es nicht viel mehr als die allgemeinen Aussagen zu mehr Wettbewerb und Vielfalt in der Bildung.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ein plurales Berufsbildungssystem mit gleichwertigen Ausbildungsgängen soll entstehen. - Alle Auszubildenden sollen nach ihrer Ausbildung verpflichtend für ein Jahr übernommen werden.
Forschungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Mehr Freiraum und Flexibilität für Forscher inner- und außerhalb der Universitäten. (S. 17) - Keine dirigistische Detailsteuerung mehr. - Erfolgsmessung anhand klarer Zielvorgaben. - Förderung des Technologietransfers in die Praxis. - Pilotprojekte zur privatwirtschaftlichen Organisation von Forschungseinrichtungen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Optimale Bedingungen für Forscher aus aller Welt. (S. 32) - Ausgründungen aus den Universitäten sollen gefördert werden. - Umsetzung von Forschungsergebnissen soll durch Kompetenzzentren gefördert werden. - „Schlüsseltechnologien“ sollen gefördert werden. 	<p>„Die FDP will wettbewerbliche Strukturen auch in der Forschung. Institute, Hochschulen und Organisationen sollen miteinander um Forschungsaufträge konkurrieren, aber auch stärker kooperieren.“ (S. 45)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es soll mehr auf Finanzierung durch die Wirtschaft gesetzt werden. - Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Unternehmen muss verbessert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Hoher Stellenwert der Grundlagenforschung. Chancen und Risiken sollen thematisiert werden. - Stärkung der Technologiefolgenabschätzung, Verankerung von Frauenstudien. - Orientierung der Großforschungseinrichtungen auf Nachhaltigkeit. 	<ul style="list-style-type: none"> - Es soll insbesondere ökologische, soziale, interkulturelle und feministische Forschung gefördert werden: „Bunte Liste“ analog zur „Blauen Liste“ - Mittel für Technologieforschung sollen auf die nachhaltige Entwicklung von Umwelt und Gesellschaft konzentriert werden.

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Innere Sicherheit	<p>Hauptforderung: Konsequente Verfolgung und Bestrafung von Rechtsbrechern: „Wehret den Anfängen“ „Null Toleranz gegenüber dem Verbrechen“ (S. 45).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Strafen sollen in bestimmten Fällen verschärft werden. Geschlossener Strafvollzug soll die Regel sein. - Opfer stehen im Mittelpunkt, nicht Täter. - Optische Überwachung von „Verbrechertreffs“. - Stärkerer Schutz für Kinder gegen Sexualstraftäter. Keine Haftentlassung für gefährliche Straftäter. - Verschärfung des Waffenrechts - Keine Legalisierung von Drogen - Mehr Jugendschutz in den Medien. - Mehr „Bürgerschaftliche Selbstverantwortung für Sicherheit.“ - Schutz gegen den Terror: Ausländische Gewalttäter von Deutschland fernhalten. -Einsatz aller modernen technischen Mittel - Identitätsfeststellung von Ausländern durch biometrische Datenerfassung 	<p>„Sicherheit vor Gewalt und Willkür ist die Grundlage einer jeden freiheitlichen Gesellschaft.“ (S. 58) „Deutschland ist mittlerweile eines der sichersten Länder der Welt.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorbeugen ist der beste Schutz – Prävention als Schwerpunkt. Bei strafbarem Verhalten ist rasche Reaktion gefordert. - Verbesserung des Opferschutzes. - Resozialisierender Strafvollzug mit Rückfallprophylaxe und Prävention - Sicherungsverwahrung wurde bereits „rechtsstaatlich erweitert“ - Drogenpolitik auf vier Säulen: Weitgefächerte Prävention, Hilfe für Süchtige, Überlebenshilfen konsequentes Vorgehen gegen Drogendealer. - Kampf gegen den Missbrauch des Internets für Straftaten. - Internationale Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung soll verstärkt werden. - Gegen den Terror: Verstärkte Kontrollen, Aufnahme biometrischer Daten. - Stärkung von Datenschutz und IT-Sicherheit 	<p>„Es ist eine wesentliche Aufgabe des Staates, die Rechte seiner Bürger zu schützen. Freiheit und Sicherheit dürfen keine Gegensätze sein“ (S.55).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die FDP ist gegen spektakulären Aktionismus, der immer neue Gesetze fordert. „In Deutschland besteht ein Vollzugsdefizit und nicht ein Gesetzgebungsdefizit.“ -Effektiver Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft, auch bei sogenannter Bagatellkriminalität. - Mehr Überwachung bringt nicht automatisch mehr Sicherheit und Freiheit - Opfer sollen schon im Strafverfahren ihre Ansprüche gegen den Täter durchsetzen können. - Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten gegen Kinder und insgesamt verstärken. - Bekämpfung des Drogenhandels bei gleichzeitiger besserer Prävention, Einrichtung von Drogenkonsumräumen als Hilfe. - Rasterfahndung mit konkretem Raster, aber: rechtsstaatliche Kontrolle. 	<p>„Unsere Kriminalpolitik setzt auf Prävention, rasche Aufklärung, angemessene Strafverfolgung, Opferschutz, Resozialisierung und Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens.“ (S.69)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanktionsrecht reformieren – kurze Strafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. - Gegen grenzüberschreitende Kriminalität: grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Lockerung des Bankgeheimnisses - Prävention gegen Drogenbesitz, Legalisierung von „weichen Drogen“ - Gegen Terrorismus: Freiheit und Sicherheit dürfen nicht in Gegensatz zueinander gebracht werden. - Das „politische Strafrecht“ soll liberalisiert werden. - Befristung und Qualitätskontrolle für Gesetze aus den „Sicherheitspaketen“. 	<p>„Wer öffentliche Sicherheit will, muss die Ursachen begreifen und bekämpfen, warum sich Menschen von dieser Gesellschaft abwenden, warum sie Straftaten begehen“ (S. 19).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verhinderung von Straftaten im rechts- und sozialstaatlichen Raum durch aktive Sozialarbeit, „Investitionen in sozialen Zusammenhalt“ - bürgernahe Polizei, bessere materielle und personelle Ausstattung der Polizei. - Überprüfung der Anti-Terrorgesetze auf ihre Wirksamkeit - Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder - Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt.

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Öffentlicher Dienst	<p>„Wir wollen Effizienz, Flexibilität und motivierte Mitarbeiter für eine leistungsstarke, bürgernahe Verwaltung.“ (S. 34)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einsetzung einer „Innovationskommission modernes Deutschland“, um Staatsaufgaben und Zuständigkeiten zu überprüfen. 	<p>„Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Verwaltung zu recht, dass ihre Angelegenheiten schnell und unkompliziert erledigt werden.“ (S. 64)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Leitbild des „aktivierenden Staates“ - Public Private Partnership und eGovernment - Stärkere Leistungsbezahlung im Dienstrecht 	<p>Die FDP fordert ein Modernisierungsprogramm für den öffentlichen Dienst!</p> <ul style="list-style-type: none"> - Staat und damit öffentlicher Dienst müssen sich auf Kernaufgaben konzentrieren. - stärkere Leistungsorientierung des Dienstrechts. - Liberalisierung und Vereinfachung des Laufbahnrechts - Berufsbeamtentum nur noch in Kernbereichen 	<p>„Wir wollen transparente und kooperierende staatliche Strukturen und die Verwaltung weiter modernisieren.“ (S. 64)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechte der Einzelnen müssen im Verwaltungsverfahren stärker berücksichtigt werden. 	<p>Keine konkreten Aussagen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sparen ist kein Selbstzweck, die PDS tritt für eine sehr weitreichende Bestimmung der Staatsaufgaben und damit der Aufgaben des öffentlichen Dienstes ein. - Bürgerinteressen sollen breiteren Einfluss erhalten.
Zuwanderung	<p>„Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher. ... Wir erteilen der Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern“ (S. 60).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtfertigung für Arbeitsmigration nur in Ausnahmefällen, Offenheit nur für Spitzenkräfte - Bekämpfung des Missbrauchs des Asylrechts - kein Anreiz zum dauerhaften Aufenthalt durch Sozialleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge. 	<p>„Eine vernünftige Arbeitsmigration begrenzt die Zuwanderung daher auf das volkswirtschaftlich sinnvolle und am Arbeitsmarkt notwendige, ohne die Aufnahmefähigkeit des Landes zu überfordern“ (S. 63).</p> <ul style="list-style-type: none"> - dazu: Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung - nur solche Arbeitsplätze für Zuwanderer, für die es keine inländischen Interessenten gibt. - Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl, aber Vorgehen gegen Missbrauch - verpflichtende Integrationsangebote für Zuwanderer 	<p>„Die FDP setzt auf einen Dreiklang aus stärkerer Ausrichtung der Zuwanderung am eigenen Interesse unseres Landes, Wahrung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands und Verbesserung der Integrationsbemühungen“ (S. 62).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Forderung: Schaffung eines Gesetzes zur Steuerung der Zuwanderung mit Regeln für Umfang, Voraussetzungen und Art und Weise des Zuzugs von Ausländern (eigener Gesetzentwurf liegt vor) - keine Abschaffung des Asylrechts und der Rechtswegeggarantie - Integration als Staatsziel ins GG, verpflichtende Sprachkurse. 	<p>„Wir brauchen Einwanderung aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen. Außerdem bietet Migration die Chance zur Erweiterung und kulturellen Bereicherung unserer Gesellschaft.“ (S. 62)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Integration durch differenzierte Angebote für Migranten. - Weiterführung der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, Möglichkeit des „Doppelpasses“ für die erste Generation der Zuwanderer - Asylrecht ist Grundrecht, soll erweitert werden auf geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung. 	<p>- Deutschland ist ein Einwanderungsland und braucht ein demokratisches Einwanderungs- und Niederlassungsrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schutz und Pflege der Kultur der seit langem hier lebenden ethnischen Gruppen „Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl und fordern offene Grenzen für Menschen in Not“ (S. 20). - Perspektiven für illegal hier lebende Ausländer

Deutschland in der Welt

CDU/CSU

SPD

FDP

Bündnis 90/Die Grünen

PDS

<p>Europa</p>	<p>„Die Handlungsfähigkeit Europas muss gestärkt werden. Selbstbewusste Nationen und Regionen sind die Bausteine Europas. ... Nur mit Föderalismus, Subsidiarität und klar abgegrenzten, kraftvoll wahrgenommenen Kompetenzen der Ebenen Kommune, Region, Nation und Europa kann eine gute Zukunft gestaltet werden.“ (S. 64)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die europäischen Institutionen müssen reformiert werden, EU-Kommission in arbeitsfähiger Größe - Mehr Entscheidungen nach Mehrheitsregel, gleichzeitig Kompetenzbeschränkung der europäischen Ebene - Europäische Aufgaben sollen gerechter finanziert werden. - Ersetzung der traditionellen Strukturpolitik durch einen Solidaritätsfond für investive Maßnahmen. - Osterweiterung ist historische Chance, aber Übergangsfristen für Arbeitnehmerfreizügigkeit u.ä. sind notwendig 	<p>„Wir tun alles, den europäischen Integrationsprozess voranzubringen und dabei die wohlbegründeten deutschen Interessen zu berücksichtigen.“ (S.15)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhaltung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells. - Aufgabenverteilung zwischen EU und Mitgliedsstaaten entspricht nicht mehr den Anforderungen – neue Abgrenzung der Kompetenzen muss wieder mehr dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen. - Erweiterungsverhandlungen sollen zügig zum Erfolg gebracht werden - Aber 7-jährige Übergangsfristen für Freizügigkeit, um „Verwerfungen“ zu vermeiden - Eine europäische Verfassung muss in einer für die Bürger transparenten Form auf den Weg gebracht werden. 	<p>„Es ist erforderlich, eine Verfassung für Europas Bürger zu erarbeiten, die europäische Sicherheitspolitik auszubauen, die europäische Innen- und Justizpolitik zu vertiefen, Europas Wirtschaft zu stärken und die europäische Agrar- und Strukturpolitik zu reformieren.“ (S.78)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mehr Subsidiarität und größere nationale Steuerungsmöglichkeiten - Binnenmarkt muss vollendet werden, dazu weitere Liberalisierung der Märkte, insbesondere des Arbeitsmarktes - Wirksames europäisches Kartellrecht ist im Interesse der Verbraucher - Europäische Verfassung, beruhend auf liberalen Grundwerten, soll im Konvent erarbeitet und durch Volksabstimmung beschlossen werden. - Osterweiterung ist vorrangig, Erweiterungskandidaten dürfen nicht enttäuscht werden. - Öffnung der Arbeits- und Dienstleistungsmärkte darf nicht verzögert werden. 	<p>„Das Europa, das wir mit unseren europäischen Schwesterparteien anstreben, ist das Europa der Demokratie und der Solidarität, das eine sozial gerechte und ökologische Politik nach innen und nach außen vertritt, eine Europäische Union, die den Menschen innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen nützt.“ (S. 83)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kompetenzübertragung an europäische Ebene darf nicht zu Verlust an demokratischer Mitsprache führen. - Wesentliches Ziel: Europäische Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen. - Stärkung des Europäischen Parlaments - sorgfältiger, aber zügiger Abschluss der Beitrittsverhandlungen wird gefordert. 	<p>„Wirtschaftliche Kooperation statt Standortkonkurrenz, eine binnenmarktorientierte Industrie-, Struktur-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik statt Sozialdumping und Sozialabbau, Harmonisierung der Unternehmens- und Vermögensbesteuerung statt eines ruinösen Wettlaufs um niedrige Steuern und ein europaweiter Finanzausgleich – das sind die Perspektiven der PDS für ein alternatives Europa.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - EU-Osterweiterung soll zu einer Chance für Ostdeutschland werden.
---------------	--	--	--	---	---

Deutschland in der Welt

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Globalisierung	<p>Globalisierung bringt den Menschen einerseits mehr Freiheit, macht sie aber auch verwundbarer. Deutschland als Exportnation muss die neuen Chancen optimal nutzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hilfe für Entwicklungsländer stärken, 0,7 Prozent am Haushalt sollen erreicht werden, Basis dafür: Menschenrechte, Demokratie, Marktwirtschaft. 	<p>„Die Globalisierung ist Realität. Sie stoppen zu wollen, ist illusionär. Ihr freien Lauf zu lassen, ist gefährlich. Sie zu gestalten und ihre Potentiale für alle zu nutzen – darauf kommt es an.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausrichtung der weltwirtschaftlichen Ordnung am Ziel einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. - Regulierung der internationalen Finanzmärkte. - soziale und ökologische Mindeststandards im Welthandel. 	<p>„Gerade angesichts der terroristischen Bedrohungen muss die Staatengemeinschaft ihren Willen zur Festigung und Ausweitung des Freihandels deutlich machen.“ (S.86)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abbau von Handelshemmnissen ist die beste Entwicklungshilfe, eröffnet allen neue Chancen. - institutionelle Reformen bei WTO zu mehr Transparenz und Effizienz. - Präventive Entwicklungspolitik muss langfristig finanziert werden. - keine internationalen sozial- und Umweltstandards. - keine Tobin-Steuer. 	<p>„Die Globalisierung kann Chancen für alle eröffnen. Aber die ökonomische Globalisierung, die an Wachstum und Profit ausgerichtet ist, nützt vor allem den multinationalen Unternehmen und Global players“ (S. 79).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Widerstand gegen diese Globalisierung ist richtig. - Forderungen: Internationale Umweltpolitik, gerechter Welthandel, gegen Exportsubventionen im Agrarbereich, die den Entwicklungsländern schaden. - Tobin-Steuer, Erlöse für Entwicklungshilfe. 	<p>„Die sich an den Machtinteressen großer Industrienationen orientierende Politik der kapitalistischen Globalisierung führt zu desaströsen Folgen. ... Wir wollen stattdessen Globalisierung nach dem Leitbild einer kooperativen Weltwirtschaftsordnung gestalten: sozial, ökologisch, demokratisch“ (S. 22).</p> <ul style="list-style-type: none"> - dazu: Tobin-Steuer, internationale Sozialstandards usw.
Sicherheit	<p>„Wir richten die deutsche Politik wieder klar an den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands aus: Frieden und Freiheit im Bündnis des Westens sichern“ (S. 67).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hauptvoraussetzung dafür: starke Bündnis- und Landesverteidigung. Stärkung des Bündnisses mit den USA - Erweiterung der NATO zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Europa. - mehr Flexibilität bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, dafür neue rechtliche Regelungen. - Beibehaltung der Wehrpflicht 	<p>„Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist Voraussetzung für gleichberechtigte transatlantische Partnerschaft ... “ (S.15).</p> <ul style="list-style-type: none"> - EU soll künftig auch militärisch selbständig im Krisenmanagement handeln. - Stärkung der Vereinten Nationen durch mehr Rechte und bessere Arbeitsmöglichkeiten. - Hauptaugenmerk der Sicherheitspolitik auf der Prävention. - Beteiligung an internationalen militärischen Missionen, wenn durch UN und Bundestag legitimiert. - Beibehaltung der Wehrpflicht. 	<p>FDP setzt sich dafür ein, „dass Deutschland seine neue Rolle verantwortungsvoll annimmt und die Bundeswehr schnell und konsequent bündnisfähig macht.“ (S.88)</p> <ul style="list-style-type: none"> -Stärkung internationaler Strukturen, insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> - Vereinte Nationen sollen handlungsfähiger werden - NATO erweitern und stärken. - Stärkeres Gewicht für die OSZE. - Menschenrechte sind universell und müssen im Mittelpunkt jeder Politik stehen. - Bekenntnis zu Auslandseinsätzen, aber keine Abschaffung des Parlamentsvorbehaltes. - Aussetzung der Wehrpflicht. 	<p>Prävention hat Vorrang – „Wir machen uns stark für die von Kofi Annan geforderte „Kultur der Prävention“ und den Dialog der Kulturen“ (S. 86).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung soll gestärkt werden - Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Handlungsfähigkeit. - Ausbau der regionalen Sicherheitskooperation in der OSZE. - Einsätze der Bundeswehr nach klaren Kriterien, nur mit Parlamentszustimmung. - Abschaffung der Wehrpflicht. 	<p>PDS wendet sich dagegen, „die Terrorbekämpfung als Vorwand zu nutzen, um strategische und ökonomische Interessen durchzusetzen, wie dies die NATO und die US-Administration im Besonderen tun“ (S. 23).</p> <ul style="list-style-type: none"> - wichtigste Entscheidungen in der UNO, nicht in der NATO - Ziel der Politik: Deutschland ohne Bundeswehr, bis dahin schrittweise Reduzierung, keine Modernisierung, Abschaffung der Wehrpflicht.

Familienpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Steuern	<p>„Das Ehegattensplitting ist keine beliebig gestaltbare Sondervergünstigung, sondern notwendiger steuerrechtlicher Ausdruck der Lebens- und Fürsorgegemeinschaft der Ehepartner“ (S.8).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwischen 1000 und 5000 Euro pro Kind. 	<p>Ehegattensplitting wird nicht abgeschafft, aber zugunsten der Förderung von Kindern umgestaltet.</p> <ul style="list-style-type: none"> - erweiterte steuerliche Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten bei Berufstätigkeit zur Entlastung von Alleinerziehenden. 	<p>Bei Ehegatten verdoppeln sich die Einkommensstufen des Stufentarifs.</p> <p>„Zur Freistellung des Existenzminimums will die FDP einen einheitlichen steuerlichen Grundfreibetrag in Höhe von 7500 Euro für jeden Bürger, also auch für jedes Kind.“ (S. 49)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Betreuungskosten wie KiTa-Gebühren, Kosten für Tagesmütter sollen als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben absetzbar sein. - Steuerlich Abzugsfähigkeit von hauswirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen wieder einführen: Höchstbetrag 12500 Euro. 	<p>„Wir wollen endlich unser Ziel eines für alle einheitlichen Kindergeldes erreichen. Damit könnten wir verfassungsfest die kindbezogenen Freibeträge überflüssig machen.“ (S. 36)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuerliche Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten ab dem ersten Euro - Besonderer Bedarf von Allein-erziehenden soll verfassungskonform berücksichtigt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung des Ehegattensplittings bei Ausgleich von Verlusten für untere und mittlere Einkommen. - Beseitigung der Schieflage der Besteuerung zu Lasten Alleinerziehender.
Sozialleistungen	<p>Keine Familie soll in nur wegen ihrer Kinder in die Sozialhilfe rutschen.</p> <p>„Wir wollen das bisherige Kindergeld und das bisherige Erziehungsgeld stufenweise durch ein neues „Familiengeld“ ersetzen.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Größenordnungen: jedes Kind unter 3J: 600 € Kinder zwischen 3 und 18J: 300 € Über 18J in der Ausbildung: 150 € 	<p>Kindergeld mittelfristig auf 200 Euro anheben. Wegen des Mangels an Ressourcen müssen bei weiteren Maßnahmen Prioritäten gesetzt werden.</p>	<p>„Das direkt ausgezahlte Kindergeld bleibt erhalten und wird entsprechend angepasst.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung nicht durch Beitragsstaffelung nach Kinderzahl, sondern durch direkte Beitragszuschüsse an Familien. - Bürgergeldmodell ermöglicht gleitenden Übergang in Teilzeitbeschäftigung, besonders kinderfreundlich. - spezielle Hilfen für Familien mit außergewöhnlichen finanziellen Belastungen. 	<p>Alle Leistungen für Kinder sollen gebündelt und in einer Kinderkasse (KiKa) zusammengeführt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaffung einer Kindergrund-sicherung: Zuschlag zum Kinder-geld für einkommensschwache Familien von bis zu 100 Euro. 	<p>„Die heutige Ehe- und Familienförderung soll konsequent in eine Förderung umgewandelt werden, die an das Zusammenleben mit Kindern gebunden ist“ (S.11).</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kindergeld soll zur existenzsichernden Grund-sicherung ausgebaut werden, zunächst Erhöhung auf 210 Euro. - mehr eigenständige Sozialversicherungsansprüche für Frauen.

Familienpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Familie und Beruf	<ul style="list-style-type: none"> - Bessere Möglichkeiten für den Wiedereinstieg in den Beruf. - Anerkennung der Kompetenzen, die in der Hausarbeit erworben werden. - ansonsten viele allgemeine Forderungen ohne konkrete Maßnahmen: bessere Rahmenbedingungen für vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Qualifizierungsangebote, Chancen- und Lohngleichheit, umfassende Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben. 	<p>„Das Bündnis für Arbeit muss sich dem Ziel einer familienfreundlichen Arbeitswelt nachdrücklich annehmen.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeiten für flexible Arbeitszeiten, moderne Arbeitsformen wie Telearbeit, Weiterbildungsangebote während der Elternzeit. - Kinderbetreuung ist die dringlichste Aufgabe: Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“, gefördert vom Bund mit 1 Mrd. Euro jährlich. - auch privates Engagement ist erforderlich. <p>Ausbau von Ganztagschulen und Ganztageseinrichtungen für Kinder.</p>	<p>„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele liberaler Familien- und Frauenpolitik.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - mehr Markt und Wettbewerb bei der Kinderbetreuung: Einführung von Kita-Gutscheinen - 5-Jahresprogramm für die Verbesserung des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen, Bund und Länder je 500 Mill. Euro jährlich. - An den Schulen sollen Betreuungsangebote neben dem Unterricht verbessert werden. - kreative individuelle Lösungen statt staatlicher Zwangsmaßnahmen: höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes statt Schutzbestimmungen würde mehr derartige Lösungen ermöglichen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Bedarfsgerechter Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes für alle Kinder von 0-14 Jahren. - Erziehungszeiten sollen besser zwischen den Eltern aufgeteilt werden können. - Einführung des schwedischen Modells: Lohnersatzleistungen werden an Eltern gezahlt und an die Aufteilung der Erziehungszeit zwischen Frauen und Männern gebunden. 	<p>Ausbau der Kinderbetreuung, Forderung: „Rechtsanspruch auf ein institutionelles, öffentlich gefördertes ganztägiges Betreuungsangebot bzw. öffentlich geförderte Freizeitgestaltung.“</p>
Lebenspartnerschaften	<p>Respekt vor vielfältigen Formen des Zusammenleben, aber: „Eine rechtliche Gleichstellung solcher Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen CDU und CSU ab.“</p>	<p>„Jedes von den Familien gelebte Modell verdient gleichermaßen gesellschaftliche Anerkennung.“ Lebensgemeinschaften wurden in letzter Legislaturperiode anerkannt.</p>	<p>„Die FDP begrüßt die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, ihre Partnerschaften rechtlich abzusichern.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aber: Rechte und Pflichten müssen in Einklang gebracht werden. - Zur Beseitigung von Diskriminierungen insbesondere Änderungen im Erbschaftssteuerrecht. 	<p>„Wir wollen die rechtliche Stellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften verbessern. Rechte und Pflichten sollen in ein faires Verhältnis kommen.“ Eingetragene Lebensgemeinschaft soll weiter angereichert werden: Erbrecht, Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.</p>	<p>Keine juristische Diskriminierung und volle gesellschaftliche Akzeptanz für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle. „Wir wollen die Gleichstellung aller Lebensweisen.“</p>